

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(45. - öffentliche - Sitzung am 19. November 2020)

Beratungsthemen:

1. **Vorstellung Dr. Ulrike Witt, Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung Braunschweig**

Frau Dr. Ulrike Witt stellte sich in dem Ausschuss vor und informierte ihn über ihre Arbeitsschwerpunkte.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Verhandlungsstand zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich über den Brexit**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung bei Vorliegen eines neuen, Niedersachsen betreffenden Sachstands zu ergänzen.

3. **Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7809](#)

Die einbringende Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss führte die Beratung durch. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: CDU, SPD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE

4. **EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn nach Abschluss der kommissionsseitigen Konsultation zum Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz sowie über die zukünftige Zusammenarbeit mit den Niederlanden auf der Grundlage von INTERREG zu unterrichten.

5. **Berichte über Frühwarndokumente**

Der Ausschuss nahm schriftliche Unterrichtungen über Frühwarndokumente zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 622/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft; COM(2020) 642 final
- 624/20: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030; COM(2020) 652 final
- 637/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt im Bereich Migration und Asyl; COM(2020) 613 final

- 648/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013; COM(2020) 673 final
- 649/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union; COM(2020) 682 final
- 650/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Asyl- und Migrationsmanagement und zur Änderung der Richtlinie (EG) 2003/109 des Rates und der vorgeschlagenen Verordnung (EU) XXX/XXX (Asyl- und Migrationsfonds); COM(2020) 610 final
- 653/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung des Screenings von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817; COM(2020) 612 final
- 679/20: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich biometrischer Daten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) xxx/xxx (Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement) und der Verordnung (EU) xxx/xxx (Neuansiedlungsverordnung), für die Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/818; COM(2020) 614 final

Der Ausschuss bat um nähere Unterrichtungen zu den Bundesratsdrucksachen 624/20 und 649/20 in der für den 3. Dezember 2020 vorgesehenen Sitzung und um eine nähere Unterrichtung zur Bundesratsdrucksache 648/20 zu Beginn des Jahres 2021.

6. Ausschussreisen

Der Ausschuss beschloss, die für den April 2021 vorgesehene parlamentarische Informationsreise nach Brüssel und das für dann vorgesehene Treffen mit den Vertretern der niederländischen Nordprovinzen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie abzusagen.

7. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss klärte Terminfragen.